



Internationaler Saatgutvertrag S. 2
15 Jahre Gregor Mendel Stiftung S. 3

Nachwuchsförderung S. 3
ESA-Spezial S. 5–8

Brexit S. 9
Saatgutwechsel S. 10

EU-Dialogprozess zu neuen Züchtungsmethoden in der Landwirtschaft

Auf europäischer Ebene hält der Meinungsbildungsprozess zur Einordnung der neuen Züchtungsmethoden an. Die EU-Kommission hatte zu einem EU-weiten Dialog aufgerufen, um den Austausch mit allen Meinungsträgern zu ermöglichen. Hierzu veranstaltete sie am 28. September 2017 in Brüssel eine hochrangige EU-Konferenz mit dem Titel „Modern Biotechnologies in Agriculture – Paving the way for responsible innovation“.

Ausgangspunkt für die Veranstaltung war die im Frühjahr 2017 veröffentlichte wissenschaftliche Einschätzung des Expertengremiums Scientific Advice Mechanism (SAM), das durch Janusz Bujnicki, Professor für Molekularbiologie und Mitglied im SAM, vertreten wurde. In dem Bericht stuft das SAM neue Mutageneseverfahren als vergleichbar mit klassischen Verfahren ein. Diese Einschätzung der neuen Methoden steht im Einklang mit der BDP-Position und bestätigt die konsequent an wissenschaftlichen Fakten ausgerichtete Bewertung.

Den Schwerpunkt der Konferenz bildeten die Podiumsdiskussionen zu den Themen „Responsible Research and Innovation“, „Societal Challenges“ und „A Common Way Forward“. Neben den drei EU-Kommissaren Phil Hogan (Landwirtschaft), Vytenis Andriukaitis (Gesundheit) und John Bell (Forschung) trugen Sprecher aus Wissenschaft, Wirtschaft sowie Verbraucher- und Umweltorganisationen ihre Positionen vor. Die Pflanzenzüchtungsbranche war durch ESA-Präsident Nigel Moore vertreten. Insgesamt nahmen rund 380 Teilnehmer an der ausgebauten Konferenz teil, darunter

etwa 70 Vertreter aus der Pflanzenzüchtungs- und Saatgutbranche. Trotz der unterschiedlichen Schwerpunkte der einzelnen Runden waren sämtliche Diskussionen von Fragen zur Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfelds in der Züchtung und zur rechtlichen Einordnung von neuen Züchtungsmethoden geprägt. Wenn auch keine Einigkeit zwischen den Vertretern der unterschiedlichen Positionen zu erwarten war, so betrachtete Kommissar Andriukaitis es als Erfolg, den Stakeholdern auf europäischer Ebene ein Forum zum kontroversen und konstruktiven Austausch gegeben zu haben. Er hob deutlich hervor, dass die am geltenden Recht ausgerichtete politische Entscheidungsgrundlage der Kommission ein faktenbasierter gesellschaftlicher Dialog sei.

EuGH-Verfahren zur Mutagenese

Eine erste richtungsweisende Entscheidung zur rechtlichen Bewertung neuer Züchtungsmethoden wird in den nächsten Monaten im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) erwartet. Kernfrage des Verfahrens ist die rechtliche Bewertung von Mutageneseverfahren inklusive der

gezielten Mutagenese vor dem Hintergrund des geltenden Gentechnikrechts. Nachdem die Mitgliedstaaten und Prozessbeteiligten bereits im Januar ihre Stellungnahmen hierzu abgegeben haben, kam es am 3. Oktober 2017 zu einer mündlichen Verhandlung vor dem EuGH in Luxemburg. Neben den Verfahrensbeteiligten (Frankreich, Confédération Paysanne) und den EU-Institutionen (Kommission, Rat, Parlament) trugen Großbritannien, Schweden und Griechenland ihre rechtliche Einschätzung zur Frage vor, ob Produkte aus neuen Mutageneseverfahren als gentechnisch veränderte Organismen (GVO) anzusehen sind. Im Anschluss an die jeweiligen Stellungnahmen aller Verfahrensbeteiligten wurden diese von Gericht und Generalanwalt intensiv durch gezielte juristische Nachfragen geprüft. Der Generalanwalt hat seine ursprünglich für den 20. Dezember 2017 angekündigte Stellungnahme auf Mitte Januar 2018 verschoben. Das Urteil des EuGH wird innerhalb von drei bis sechs Monaten nach dieser Stellungnahme erwartet.

Verlauf der Diskussion als Video



Dr. Markus Giertl
Bettina Sánchez Bergmann

BDP
Lebensbasis Pflanze

Klimawandel wartet nicht



Das Ergebnis der Bundestagswahlen ist eine Bewährungsprobe. Die Bearbeitung vieler unserer Themen durch die große Koalition ist in der zurückliegenden Legislaturperiode hinter den Erwartungen der Pflanzenzüchter zurückgeblieben. Die aktuellen Wahlergebnisse spiegeln die Meinungsvielfalt in unserer Gesellschaft wider. Diese Vielfalt gilt es in eine handlungsfähige Regierungsbildung zu übertragen. Das setzt Kompromissbereitschaft aller Parteien, die vom Wähler für eine Regierungsbildung beauftragt wurden, voraus.

Unser Land braucht Stabilität und Aussicht darauf, dass die großen Themen des Klimawandels und der künftigen Ausgestaltung der Agrarwirtschaft mit langfristigen Konzepten angegangen werden. Die Leistungskraft der Pflanzenzüchtung werden wir auch mit Blick auf die gesellschaftliche Verantwortung unserer Branche in die politischen Gespräche einbringen.

In Bonn ist gerade die Klimakonferenz zu Ende gegangen. Der Klimawandel und die notwendigen Maßnahmen, um gegenzusteuern, werden die Menschheit zu einem Umdenken bewegen müssen. Landwirtschaft und Landnutzung müssen sich dem Klimawandel anpassen und zugleich ihren Beitrag zur Stabilisierung des Klimas leisten. Die Schätzungen zu dem Beitrag des gesamten Lebensmittel- und Agrarsektors zu den Klimagasen schwanken zwischen 20 und 30 Prozent. Die Bundesregierung hat mit ihrer Hightech-Strategie einen guten Grundstein für den Umbau unserer gesamten Volkswirtschaft weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Ressourcen gelegt und damit ein Signal für eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise gesetzt.

Pflanzenzüchtung ist u. a. im Rahmen der Bioökonomie Teil der Hightech-Strategie. Die neue Bundesregierung muss diesen wichtigen Weg langfristig weiterverfolgen. Die Forschung benötigt Planungssicherheit – insbesondere in der langjährigen Grundlagenforschung, die ein Fundament für den breiten Einsatz von Erkenntnissen und ein wichtiger Baustein für die einmalige Züchtungsstruktur in Deutschland ist.

Wir Unternehmer brauchen verlässliche Rahmenbedingungen beim Zugang zu Wissen und pflanzlichen Material sowie bei der Ausgestaltung des Schutzes geistigen Eigentums, um Innovation und Vielfalt im Sinne der Nachhaltigkeit voranzutreiben. Wir stehen in der Pflicht, Pflanzensorten zu schaffen, die natürliche Ressourcen wie Wasser und Nährstoffe effizient nutzen und stabile Erträge, hohe Qualität sowie verbesserte Krankheitsresistenzen aufweisen. Der Klimawandel wartet nicht.

Stephanie Franck

Internationaler Saatgutvertrag

Pflanzenzüchter aus der ganzen Welt bekennen sich zum Internationalen Saatgutvertrag (IT – International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture) und unterstreichen die Notwendigkeit eines praktikablen Zugangs zu pflanzengenetischen Ressourcen und gerechten Vorteilsausgleichs.

In Vorbereitung auf die siebte Sitzung des Lenkungsgremiums des IT vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017 in Kigali (Ruanda) haben Pflanzenzüchter ihre Präferenz für ein Mitgliedsbeitragsmodell artikuliert und Zusagen zu einer finanziellen Beteiligung der Wirtschaft gemacht. Allein 18 Unternehmen aus Deutschland haben eine „Declaration of Commitment“ unterzeichnet. Hierzu zählen nicht nur Züchter landwirtschaftlicher Kulturarten, sondern auch Züchter von Gemüse und Zierpflanzen, die auf eine Erweiterung des Anwendungsbereichs des IT setzen.

Mit der „Declaration of Commitment“, die zu Inhalten der Position der International Seed Federation (ISF) Bezug nimmt, bekennen sich die Unterzeichner dazu, 0,01 Prozent ihres jährlichen Umsatzes abzüglich 30 Prozent aller Annex I Arten an den Benefit Sharing Fund zu zahlen, sofern ein entsprechendes Standard Material Transfer Agreement (SMTA), das den ISF-Anforderungen entspricht, ausgehandelt wird.

Der BDP hatte die Unterzeichnung befürwortet und sieht in der breiten Unterstützung durch die Mitglieder ein gutes Signal. Er setzt sich dafür ein, dass sowohl Zugang als auch Vorteilsausgleich für genetische Ressourcen im Bereich Pflanzenzüchtung ausschließlich über den IT geregelt werden und somit alle Kulturarten für die Nutzung zu Züchtungszwecken umfasst werden. Der IT der Welternährungsorganisation FAO bietet eine an die Gegebenheiten von Züchtung und Landwirtschaft optimal angepasste Alternative zum Nagoya-Protokoll. Er sichert Vielfalt und Vorteilsausgleich unter Wahrung maximaler Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Alexandra Bönsch



Jubiläum

15 Jahre Gregor Mendel Stiftung

Die Gregor Mendel Stiftung blickt auf 15 Jahre Stiftungsarbeit zurück. Gregor Mendel war das Vorbild, als Vertreter von Wissenschaft und Forschung in der Pflanzenzüchtung im Jahr 2002 den Entschluss gefasst haben, die Stiftung zu gründen. Wie damals ist es auch heute das Stiftungsziel, das Bewusstsein für Innovation und Züchtungsfortschritt in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern und den Dialog zu relevanten Fragen rund um die Pflanzenwissenschaften anzustoßen.

Die Stiftung zeichnet regelmäßig Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maß um die Pflanzenzüchtung verdient gemacht haben, mit dem Innovationspreis Gregor Mendel aus, der in der 15-jährigen Stiftungsgeschichte bislang viermal verliehen wurde. Die fünfte Preisverleihung wird am 25. April 2018 in Berlin folgen.

Freund der Stiftung werden!

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft steht vor der Aufgabe, im Einklang mit gesellschaftlichen Anforderungen Fortschritt zu generieren. Fortschritt ist nur möglich, wenn die dazu nötige Forschung Unterstützung und Akzeptanz findet. Dafür tritt die Gregor Mendel Stiftung ein.



Möchten Sie die Anliegen der Stiftung als Privatperson oder als Unternehmen unterstützen? Dann werden Sie Freund der Stiftung: [www.gregor-mendel-stiftung.de/stiftung/freund-werden/!](http://www.gregor-mendel-stiftung.de/stiftung/freund-werden/)

Christina Siepe

Thüringen zeichnet beste Auszubildende in den Grünen Berufen aus

Die Nachwuchsförderung ist eine der zentralen Herausforderungen für die gesamte Agrarwirtschaft. Die Absolventen der Grünen Ausbildungsberufe haben in den Züchtungsunternehmen gute Berufsaussichten. Ein vergleichsweise neuer Ausbildungsberuf ist der/die Pflanzentechnologe/-in. Im Juni dieses Jahres legten bundesweit 29 Auszubildende erfolgreich ihre Abschlussprüfung ab.

Eine von ihnen ist Sofia Michler, 23 Jahre, aus Schweinfurt. Ihre Ausbildung hat sie am Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren/Erfurt e. V. absolviert. Sie wurde vom Landtag als Jahrgangsbeste in Thüringen ausgezeichnet. Kerstin Schlemmer, BDP, sprach mit ihr für die BDP-Nachrichten über die Ausbildung zur Pflanzentechnologin:

Warum haben Sie sich für die Ausbildung zur Pflanzentechnologin entschieden?

Sofia Michler: Ich fand das Berufsbild sehr spannend und vielseitig. Es ist ein Beruf, durch den man die Möglichkeit hat, viele verschiedene Bereiche der Pflanzenzüchtung bzw. der Pflanzennutzung kennenzulernen und später in einem breiten Arbeitsfeld tätig zu werden.

Gibt es ein besonders positives Erlebnis während der Ausbildung?

Sofia Michler: Ein mir besonders positiv im Gedächtnis gebliebenes Erlebnis war die Mitarbeit an einem der sehr spannenden Projekte. Es ging darum, über klassische Züchtung in Kombination mit molekularbiologischen Methoden eine Basilikumsorte zu erstellen, die resistent gegenüber dem falschen Mehltau ist. Beim Verbraucher lässt falscher Mehltau Basilikum immer recht schnell schlecht aussehen (gelbliche Blätter, braune Flecken). Auch für die Anbauer ist falscher Mehltau

ein großes Problem, vor allem auch bei biologisch angebautem Basilikum. Dort kann das Saatgut gegen falschen Mehltau quasi nur mit heißem Wasser behandelt werden. Im konventionellen Anbau kann das Saatgut dagegen gebeizt werden. Ist falscher Mehltau einmal im Bestand, hilft meist nur, alles komplett zu entsorgen. Über die Verwendung einer resistenten Sorte wären solche Probleme Vergangenheit und das Basilikum wäre, auch beim Verbraucher stehend, länger frisch. Es ist toll, dabei sein zu dürfen, wenn solche innovativen Ideen Gestalt annehmen.

Was fasziniert Sie an Pflanzen?

Sofia Michler: Pflanzen sind wahnsinnig wandelbar, vielfältig und leistungsfähig. Sie bilden die Existenzgrundlage unseres Lebens und sind in allen Bereichen vorhanden, sei es als Rohstoff, Nahrungsmittel, Dekoration oder Landschaftsbild. Außerdem haben sie vielfältige Überlebens- und Anpassungsstrategien. Diese Variation finde ich unglaublich faszinierend.

Vielen Dank und weiterhin so viel Spaß an der Arbeit!



v. l. n. r.: Birgit Keller (Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft), Stefan Lütke Entrup (BDP), Sofia Michler (Preisträgerin, Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren/Erfurt e. V.), Christian Carius (Präsident Thüringer Landtag)

Pflanzenzüchter weiten Engagement im FORUM aus

Die Pflanzenzüchter haben ihr Engagement im Forum Moderne Landwirtschaft (FORUM) ausgeweitet. Neben den bereits im FORUM organisierten Mitgliedern KWS SAAT SE, Syngenta Agro GmbH und BDP unterstützen nun 18 weitere Unternehmen der Branche das FORUM:

Agri-Saaten GmbH, Böhm-Nordkartoffel Agrarproduktion GmbH & Co. OHG, Deutsche Saatveredelung AG, Enza Zaden Deutschland GmbH & Co. KG, EURALIS Saaten GmbH, HYBRO Saat-zucht GmbH & Co. KG, InterSaatzucht GmbH (ISZ), L. Stroetmann Saat GmbH & Co. KG, Norddeutsche Pflanzenzucht Hans-Georg Lembke KG, Nordsaat Saat-zucht GmbH, P.H. Petersen Saat-zucht Lundsgaard GmbH, PZO-Pflanzen-zucht Oberlimpurg, R.A.G.T. Saaten Deutschland GmbH, Rijk Zwaan Welver GmbH, Saat-zucht Streng-Engelen GmbH & Co. KG, SESVANDER-HAVE Deutschland GmbH, Solana GmbH & Co. KG, SUET Saat- und Erntetechnik GmbH.

Dr. Stefan Streng, Vorstandsmitglied des BDP und Geschäftsführer der Saat-zucht Streng-Engelen GmbH & Co. KG, wurde auf der Mitgliederversammlung des FORUM am 12. Oktober 2017 als Vertreter der Pflanzenzüchter in den Aufsichtsrat gewählt.



links: Dr. Jon Falk (SAATEN-UNION BIOTEC); rechts: Dr. Jürgen Schweden (KWS SAAT SE)

Der Berliner Abend des FORUM fand am gleichen Tag zu dem Themenschwerpunkt neue Züchtungsmethoden statt. Von Züchtungsseite referierten Dr. Jürgen Schweden (KWS SAAT SE) und Dr. Jon Falk (SAATEN-UNION BIOTEC).

Ulrike Amoroso-Eickhorn

Saatgutkongress in Hannover

Stickstoffeffizienz dank Züchtung

Für eine ressourcenschonende Agrarwirtschaft ist die effiziente Nutzung der Nährstoffe essenziell. Dazu entwickeln nicht nur Züchter Sorten mit guter Nährstoffaufnahme, auch Landmaschinenhersteller forschen an Lösungen. Die bedarfsgerechte Ausbringung von Düngemitteln ist ein gemeinsames Ziel von Landwirten und Umweltschützern.

Auf dem Saatgutkongress am 15. November 2017 während der Agritechnica diskutierten Wissenschaftler und Landtechnikhersteller, welches Potenzial in modernen Sorten steckt und welche technischen Lösungen Erfolg versprechend sind. Der BDP war neben anderen Verbänden und Unternehmen ideeller Unterstützer der Veranstaltung, die von der Agrarzeitung (az) und der DLG (Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft) ausgerichtet wurde.

Dr. Andreas Stahl, Universität Gießen, erläuterte am Beispiel Raps, dass die besten Sorten bei reduzierter Stickstoffgabe die gleichen Erträge liefern wie nach einer hohen Stickstoffgabe. Voraussetzung seien eine gute Fruchtfolge und eine präzise Düngung. Vor dem Hintergrund der Düngeverordnung sollten Landwirte mit geringeren Stickstoffmengen experimentieren. Ein weiterer wichtiger Aspekt mit

Blick auf die Endlichkeit der Phosphorressourcen sei die Phosphor-Effizienz bei Pflanzen, sagte Prof. Jens Léon, Universität Bonn. Es werde an einer besseren Boden-Wurzel-Interaktion für eine effizientere Phosphoraufnahme gearbeitet. Sorten seien aber frühestens in zehn Jahren am Markt zu erwarten. Landtechnikexperte Michael Braun, Horsch Maschinen GmbH, sieht in der Kombination aus Saattechnik und Düngung eine Chance. Insbesondere auf ausgelaugten Böden fördere dies das Pflanzenwachstum. Dies eigne sich aber nicht für Weizen, sagte Stefan Kiefer, AMAZONEN-Werke H. Dreyer GmbH & Co. KG. Bei Weizen sei eine gezielte pflanzenorientierte Düngung weitaus schwieriger als bei Raps, Mais und Zuckerrüben. Eine Chance zur effizienteren Düngung bei Weizen sieht er in den weiten Doppelreihen.

Christina Siepe/az

www.diepflanzenzuechter.de

Wer schont beim Fortschritt die natürlichen Ressourcen – wenn nicht wir?

Die Ressourcen der Erde sind begrenzt. Der nachhaltige Umgang mit Rohstoffen sichert die Lebensgrundlage künftiger Generationen. Wir Pflanzenzüchter kommen ohne rauchende Schornsteine aus. Unsere Arbeit basiert auf Ideen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Innovationen, die wir in leistungsstarken Sorten zusammenführen. Wir erweitern die Verwendungsmöglichkeiten für Pflanzen und ermöglichen so Fortschritt auch in anderen Wirtschaftsbereichen.

www.diepflanzenzuechter.de



ESA-Spezial

Interview mit Garlich von Essen, Geschäftsführer der European Seed Association

Auf europäischer Ebene stehen wichtige Entscheidungen zur Einordnung neuer Züchtungsmethoden an. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist aufgrund einer Klage vom französischen Staatsrat angefragt worden, ob Organismen, die mittels neuer Formen der Mutagenese erzeugt werden, dem Gentechnikrecht unterliegen. Eine Entscheidung ist voraussichtlich im Jahr 2018 zu erwarten. Auf nationaler Ebene erarbeiten die Behörden Stellungnahmen, die sie in das Verfahren einbringen wollen. Wir haben mit Garlich von Essen, Generalsekretär der European Seed Association (ESA) über die aktuellen Entwicklungen und über die Kommunikationsaktivitäten der ESA gesprochen.

Welche Bedeutung haben Ihrer Meinung nach neue Züchtungsmethoden?

Es ist sicher noch zu früh, um die Bedeutung der neuen Züchtungsmethoden wirklich abschätzen zu können. Dies gilt auch nicht zuletzt, weil ihr praktischer Einsatz, nicht nur in der Pflanzen- und Tierzucht, sondern auch in der Medizin noch in den absoluten Anfängen steckt. Auch hält die unsichere Rechtslage im Moment noch viele Unternehmen davon ab, die bereits bestehenden technologischen Möglichkeiten vollumfänglich zu nutzen und zum Beispiel neue Pflanzensorten mit diesen Methoden bis zur Marktreife zu entwickeln. Züchtung ist ein zeitaufwendiges und kostenintensives Geschäft; und auch wenn die neuen Verfahren gerade hier in einigen Bereichen Verbesserungen im Sinne von Beschleunigung ermöglichen – wenn die neue Sorte dann am Ende eben doch unter das bereits bestehende generelle Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen fällt, wie es in immerhin 19 von bald

27 Mitgliedstaaten besteht – dann ist dies rein betriebswirtschaftlich für die meisten Unternehmen, zumal für die Mehrzahl der für die Branche typischen KMUs, unverantwortbar. Was zumindest für die Pflanzenzüchtung eindeutig und unbestritten ist, ist das ungeheure Potenzial dieser neuen Methoden und die Dynamik, die mit ihnen nicht nur in einige wenige Forschungsbereiche, sondern in die ganze Breite der Kulturarten einziehen könnte. Da diese Methoden generell keine immensen finanziellen Ressourcen oder Großlaboratorien benötigen, setzen eben vor allem auch die Züchter von sogenannten ‚kleinen Arten‘ oder Nischenprodukten große Hoffnungen auf sie. Vereinfacht ausgedrückt: Breit angelegte Forschungs- und Entwicklungsarbeit an möglichst vielen Arten und für eine Vielzahl von unterschiedlichen Standorten und Anforderungen kann mit diesen neuen technologischen Möglichkeiten zielgerichteter, schneller und einfacher durchgeführt werden – und man kann damit dann auch noch wirtschaftlich erfolgreich sein! Wenn wir diese Möglichkeiten mit gesamt-

gesellschaftlichen Zielen wie Agrobiodiversität, Ressourceneffizienz, Nahrungsmittelfeldvielfalt, Vermeidung von Ernte- und Lebensmittelverlusten und vielen anderen rückkoppeln, dann kann gar kein Zweifel bestehen: Die neuen Züchtungsmethoden haben das Potenzial, einen immensen Beitrag zu leisten, um Hunger und Mangel zu bekämpfen, Klimawandel erfolgreich zu begegnen und eine gesunde Umwelt und Ernährung zu befördern.

Wie ist der aktuelle Stand des o. g. Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof?

Die Überweisung des französischen Verfahrens an den EuGH zur sogenannten Vorabentscheidung, also zur Interpretation des bestehenden europäischen Rechts, erfolgte im Oktober 2016. Vor wenigen Wochen, Anfang Oktober 2017, fand die Anhörung der Parteien statt. Dabei haben neben den Klägern (verschiedene französische Nichtregierungsorganisationen) und der beklagten französischen Regierung auch andere Mitgliedstaaten sowie die EU-Institutionen, also Rat, Parlament und Kommission, ihre Positionen in einer Art „Plädoyer“ vorgetragen. Außerdem erlaubt die Anhörung gezielte Fragen des zuständigen Generalanwalts sowie der anderen befassten Richter der Kammer. Zusammen mit den schriftlichen Stellungnahmen, die bereits Anfang dieses Jahres eingereicht wurden, ist damit quasi die „Beweisaufnahme“ des EuGH abgeschlossen.

Nun wird der Generalanwalt seine Empfehlung erarbeiten, die dann dem gesamten Senat zur Entscheidung zugeleitet wird. Die Publikation dieser Empfehlung ist für den 20. Dezember 2017 angekündigt. (Anmerkung der Redaktion: Das Interview wurde im November 2017 geführt; zwischenzeitlich hat der Generalanwalt die Stellungnahme für Januar 2018 avisiert.) Erfahrungsgemäß ergeht dann das Urteil des EuGH innerhalb von knapp einem halben Jahr; wir erwarten also eine Entscheidung spätestens zum Sommer 2018. Und vielleicht noch eines: Auch wenn der EuGH in der weit überwiegenden Zahl der Fälle



Das ESA-Team mit den Kampagnenhashtags #EmbracingNature und #PlantBreeding

der Auffassung des Generalanwalts folgt, so ist dies doch keineswegs sicher. Wir werden also die Position des Generalanwalts sicherlich sehr genau prüfen und Vermutungen über den Richterspruch anstellen; am Ende werden wir aber erst mit dem abschließenden Urteil wirklich wissen, woran wir sind.

Um welche Fragestellungen geht es in diesem Verfahren genau? Welche Position vertritt ESA?

Im Grundsatz geht es um zwei Fragenkomplexe. Zum einen: Welche Freiheit haben einzelne Mitgliedstaaten in der Umsetzung europäischen Rechts, vor allem dann, wenn sie sich dabei auf eher diffuse Grundsätze wie das Vorsorgeprinzip berufen? Dies ist eine sehr grundsätzliche Frage, denn sie berührt natürlich die sogenannten vier Freiheiten im Binnenmarkt. Dieser Binnenmarkt kann nur dann funktionieren, wenn sich die EU gemeinsame Standards

und Verfahren gibt und diese von den Mitgliedstaaten dann auch akzeptiert und umgesetzt werden. Jede Abweichung einträchtigt den freien Warenverkehr und den fairen Wettbewerb. Europäisches Recht erlaubt zwar ausdrücklich Einschränkungen durch die Staaten, doch müssen diese wohlbegründet sein – in der Regel durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse und durch „Gefahr im Verzug“. Aber auch dann greifen festgelegte Verfahren, nach denen diese neuen Erkenntnisse der Kommission und den anderen Staaten zuzuleiten sind. Eine weitere Prüfung muss durch EU-Behörden wie z.B. die EFSA (European Food Safety Authority) stattfinden, und eine abschließende Entscheidung muss auf EU-Ebene erfolgen. Mit anderen Worten: Das sogenannte „Vorsorgeprinzip“ darf nicht missbraucht werden, um politisch missliebige EU-Entscheidungen national wieder zu kassieren; es muss wissenschaftlich belegt werden und bedarf am Ende der Akzeptanz durch die europäischen Institutio-

nen. Der zweite Fragenkomplex dreht sich konkret um die Klassifizierung bestimmter Methoden als gentechnische Veränderung in der entsprechenden EU-Richtlinie. Neben dieser Definition, was denn eine gentechnische Veränderung ist und was nicht, geht es auch um die bereits seit den 1990er Jahren geltenden Ausnahmen hiervon. Auch diese sind im EU-Recht festgelegt, so zum Beispiel die Mutagenese. Konkret wird darum gestritten, ob Mutagenesetechniken und resultierende Produkte als solche von der Richtlinie ausgenommen sind, oder ob es sich dabei ausschließlich um jene handelt, die zu einem bestimmten Zeitpunkt bereits bekannt oder am Markt waren. Die Position der ESA ist auch hier ganz eindeutig: Natürlich entwickeln sich Techniken oder Technologien fort oder werden neue erfunden. Die EU-Richtlinie nimmt deshalb auch keinerlei Bezug auf eine bestimmte Form der Mutagenese oder auf definierte Mutagene, sondern nimmt diese ganz grundsätzlich vom Wirkungsbereich aus, wo Produkte entstehen, die auch mittels herkömmlicher Züchtungsverfahren oder natürlich entstehen könnten.

ESA hat eine breit angelegte Kommunikationsinitiative gestartet. Warum ist eine Kampagne zur Kommunikation von Pflanzeninnovationen überhaupt notwendig?

Mehr und mehr Menschen leben heute in Städten und haben keinerlei persönliche

” Züchter arbeiten MIT der Natur, nicht gegen sie. Der Slogan „Embracing the Power of Nature“ ist insofern alles andere als zufällig gewählt, sondern beschreibt sehr prägnant das Selbstverständnis unserer Branche. “

Garlich von Essen
Generalsekretär der European Seed Association (ESA)



Beziehungen oder Erfahrungen mehr, wie praktische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion funktionieren. Das gilt dann natürlich erst recht für Inputsektoren wie die Pflanzenzüchtung, den Pflanzenschutz und andere mehr. Insbesondere in unserer europäischen Wohlstandsgesellschaft scheinen Lebensmittel jederzeit, unbegrenzt und noch dazu ausgesprochen günstig verfügbar zu sein; welche Voraussetzungen dies erst möglich machen, bleibt dagegen weitgehend unbekannt. Im Gegenteil: Dort, wo über Agrarwirtschaft und Lebens-

mittelproduktion berichtet wird, werden entweder romantisch verklärte Bilder vergangener Tage stilisiert oder vermeintliche Umweltfrevler und „unnatürliche“, industrielle Produktion angeprangert. Damit ist auch der technische Fortschritt, den wir ja in vielen anderen Lebensbereichen grundsätzlich positiv bewerten – denken wir zum Beispiel an die Medizin, an Kommunikationstechnologien und andere der Agrarbranche vor- und nachgelagerte Bereiche –, kritisch oder gar negativ besetzt. Dieser Situation muss die Branche Rechnung tra-

gen. Ohne grundsätzliche gesellschaftliche Akzeptanz ist heute kein Produkt und ist keine Technologie mehr erfolgreich in den Markt zu bringen bzw. im Markt zu halten. Wissenschaftliche Fakten allein reichen dazu immer weniger aus. Die modernen Kommunikationswege sozialer Medien geben heute jeder Stimme sicht- und zählbares Gewicht; an dieser neuen Realität kommen weder Politiker noch Experten oder Verwaltungsbeamte mehr vorbei. Die Debatte um die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat ist ein Paradebeispiel

ESA-Kongress 2017 in Riga

Pflanzenzüchter und Saatguthändler aus ganz Europa und der Welt trafen sich vom 8. bis 11. Oktober 2017 in der lettischen Hauptstadt Riga, um zentrale Themen der Saatgutwirtschaft zu diskutieren. Neben fruchtartenspezifischen Themen standen der Schutz geistigen Eigentums, Brexit, Forschungsförderung, neue Züchtungsmethoden, Saatgutbeizung und genetische Ressourcen/Nagoya auf der Tagesordnung. In der öffentlichen Mitgliederversammlung wurde die neue ESA-Kommunikationskampagne „Embracing nature“ präsentiert.

In den kulturartenspezifischen Sektionen wurden die aktuellen ESA-Schwerpunktthemen aufgegriffen. Die ESA-Strategie zur stärkeren Einbindung der Pflanzenzüchtung in die Ausgestaltung des nächsten EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation ab 2021 stand im Mittelpunkt des Vortrages von Dr. Jan Jacobi (BDP), ESA-Chairman Working Group on Research and Innovation. Ziel ist eine größere Bereitstellung von EU-Fördermitteln, verbunden mit der Forderung nach Fördermaßnahmen.

Im Rahmen der ESA-Sektion Öl- und Eiweißpflanzen berichtete Dieter Rucker (BDP) über den Entwurf für eine überarbeitete Erneuerbaren-Energien-Richtlinie in der EU sowie zu der im Jahr 2020 anstehenden Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Mit Blick auf die erneuerbaren Energien und die nationalen Klimaschutzziele unterstrich er die Bedeutung der Ölsaaten, insbesondere von Raps, für die Produktion umweltfreundlichen Biodiesels. Rucker appellierte an die Vertreter der europäischen Saatgutwirtschaft, in ihren Mitgliedstaaten für eine gebührende Berücksichtigung des vorhandenen Potenzials im Ölsaatenanbau einzutreten. Richtungweisend seien hier die Initiativen der deutschen UFOP und der European Oilseed Alliance (EOA).

Die anstehende Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik rückt Umweltziele in den Mittelpunkt. Rucker trat in seinem Vortrag für Umweltmaßnahmen ein, die nicht an die Stelle landwirtschaftlicher Produktion treten, sondern diese sinnvoll unterstützen. Hier könne die Saatgutwirtschaft durch geeignete Sorten und Saatgutmischungen einen wertvollen Beitrag leisten. Beispielhaft nannte er die deutschen Greening-Regelungen für Zwischenfrüchte und Leguminosen, die sowohl der Umwelt als auch den Landwirten Vorteile gebracht hätten.



Das Thema „Brexit und Sortenprüfung“ wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion von Martin Ekvad, Präsident des gemeinschaftlichen Sortenamts (CPVO), Penny Mapelstone, Geschäftsführerin des britischen Züchterverbands BSPB und Marian Suelemann, Rechtsabteilung Rijk Zwaan, intensiv mit den ESA-Mitgliedern diskutiert. Zahlreiche Fragen aus dem Plenum zum Sortenschutz, der Erhaltungszüchtung und der Vermarktbarkeit der Sorten zeigten die Relevanz dieses Themas für die Pflanzenzüchter. (Siehe Bericht S. 9)

Unter dem Motto „Communicating Plant Breeding Innovation – Mission impossible?“ wurde in der öffentlichen Mitgliederversammlung die neue Kommunikationskampagne vorgestellt, und die ESA-Mitglieder wurden zur aktiven Mitwirkung aufgefordert. Ziel ist es, die breite Öffentlichkeit über die Bedeutung von Pflanzenzüchtung zu informieren. Durch die Nutzung diverser Social Media Kanäle (Facebook, Twitter) sollen ESA-Multiplikatoren (Verbände, Unternehmen, Einzelpersonen) aktuelle Themen über die Hashtags #PlantBreeding und #EmbracingNature kommunizieren. **Corinna Wurmstein**



dieser neuen politischen Realität. Es ist Ziel unserer neuen Kommunikationsinitiative, die Branche hier frühzeitig zu positionieren, der Diskussion in den sozialen Medien nicht auszuweichen, sondern sie selbst offensiv zu gestalten und für unsere Arbeit und Produkte zu werben. Vor allem wollen wir dabei den vermeintlichen Gegensatz von ‚Natur‘ und ‚Natürlichkeit‘ auf der einen und ‚modernster Technologie‘ auf der anderen Seite auflösen. Züchter arbeiten MIT der Natur, nicht gegen sie. Der Slogan „Embracing the Power of Nature“ ist insofern alles andere als zufällig gewählt, sondern beschreibt sehr prägnant das Selbstverständnis unserer Branche.

Wie greift die Kampagne den öffentlichen Dialog auf?

Zunächst einmal führen wir die Kampagne dort, wo der öffentliche Diskurs stattfindet: online, im Internet, auf den einschlägigen Plattformen wie Twitter, Facebook, YouTube und so weiter. Das bedeutet nicht, dass wir uns aus den klassischen Foren der Interessenvertretung zurückziehen. Natürlich bleiben Expertenanhörungen, Fachtagungen, wissenschaftliche Diskussionsveranstaltungen und Publikationen wichtig. Aber sie werden nun ergänzt – um mehr

auf die breite, interessierte Öffentlichkeit zielende Kommunikationsinitiativen, die sich dazu auch einer anderen Sprache und anderer Mittel bedienen. Wir werden direkter, indem wir unsere Positionen unmittelbar interessierten Menschen zukommen lassen; wir treten in direkten Kontakt, wenn wir auf Fragen, aber auch auf Lob oder Kritik reagieren; wir werden deutlich visueller, indem wir vermehrt auf Grafiken, Fotos und Videos setzen, um unsere Punkte zu illustrieren; und wir versuchen dabei, eine modernere, verständliche, weniger wissenschaftliche Sprache zu nutzen. Das hört sich eigentlich recht simpel an, erfordert aber eine ganz neue Herangehensweise an die Erarbeitung und Kommunikation von Verbandspositionen, als wir dies über lange Zeit gewohnt waren. Und es erfordert neue, zusätzliche Kompetenzen in unseren Teams, auf nationaler wie europäischer Ebene, in Verbänden ebenso wie in Unternehmen. Eine Schlüsselkompetenz ist dabei das Zuhören. Wir haben ganz praktisch in die verschiedenen sozialen Netzwerke hineingehört, um zu erfahren und besser zu verstehen, wer dort wie und warum zu unseren Themen kommuniziert. Dank der Unterstützung des BDP und anderer nationaler Verbände haben wir dies sehr breit und auch mehrsprachig anlegen können. Die dabei ge-

wonnenen Erkenntnisse fließen nun ganz direkt in unsere Kampagne ein. Auch hier gilt: Wir werden direkter, indem wir den Dialog zu eben jenen Themen und mit eben jenen Gruppen führen, die sich für unseren Bereich interessieren, die sich engagieren und positionieren und die damit Einfluss auf allgemeine Berichterstattung und letztlich politische Prozesse und Entscheidungen nehmen.

Dass es sich dabei häufig um eher kritische Geister handelt, liegt in der Natur der Sache. Ebenso, dass wir nicht alle von unseren Positionen werden überzeugen können. Aber wir haben sehr gute Argumente. Wir arbeiten an Lösungen für Probleme, die viele Menschen umtreiben: Klimawandel, ressourcenschonende Produktion, Nachhaltigkeit, gesunde und vielfältige Ernährung. Wir nutzen dabei unsere besondere Expertise, langjährige Erfahrung und modernste Technologien wie ‚big data processing‘ und natürlich die letzten Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Forschung. Aber vor allem bauen wir im wahrsten Sinne des Wortes auf „die Kraft der Natur“. Wenn wir es schaffen, die Faszination dieser Symbiose aus modernster Technologie und der unseren Pflanzen innewohnenden Eigenschaften deutlicher und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und verständlich zu machen, dann haben wir einen wichtigen Schritt getan. Es gilt: Diese Arbeit ist eine grundsätzlich notwendige und wird uns auch in Zukunft begleiten, völlig unabhängig davon, wie eine bestimmte Technologie oder ein bestimmtes Produkt gesetzlich geregelt wird. Nur wenn wir den öffentlichen Diskurs annehmen und mit der Kraft unserer Argumente positiv gestalten, sichern wir der europäischen Pflanzenzüchtung die notwendige gesellschaftliche Unterstützung, die sie für eine gute Zukunft braucht. Genau dafür wollen wir arbeiten.

Der BDP dankt für das Interview.



GRUR – Experten tagen zum Schutz geistigen Eigentums



Der GRUR-Fachausschuss besichtigt die Saatgutaufbereitungsanlage der RWZ in Meckenheim.

Am 27. Oktober 2017 fand die Tagung des GRUR-Fachausschusses (Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V.) für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in Bonn statt. Hierbei

handelt es sich um ein hochrangig besetztes Gremium aus Wissenschaft und Praxis, welches einmal jährlich die neuesten Entwicklungen im Bereich Sortenschutzrecht und Patentrecht diskutiert. Auf Einladung

des Vorsitzenden des Fachausschusses und GRUR-Präsidenten Dr. Gerd Würtenberger haben Alexandra Bönsch, BDP, und Dr. Moritz von Köckritz, Saatgut Treuhandverwaltungs GmbH, an der Veranstaltung teilgenommen. Dr. Klaus von Gierke, Norton Rose Fulbright, hielt einen Vortrag über die aktuellen Entscheidungen der ersten Zivilkammer des Bundesgerichtshofs (BGH) in Sachen „Geisen-Landhandel“ und „BaGeno“. Bönsch wurde im Rahmen der Sitzung zum Mitglied des Ausschusses benannt und hatte die Gelegenheit, die Tätigkeit des BDP vorzustellen. Von Köckritz konnte im Verlauf der Sitzung die Arbeit der STV erläutern. Im Anschluss hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, die Saatgutaufbereitungsanlage der RWZ in Meckenheim zu besuchen.

Dr. Moritz von Köckritz

Brexit

Auswirkungen auf Sortenschutz und Sortenzulassung

Im Juni 2016 haben die Briten für einen Austritt aus der EU gestimmt. Das Austrittsersuchen ist eingegangen. Die Verhandlungen über die Ausgestaltung des Austritts dauern an. Pflanzenzüchter sollten sortenschutzrechtliche und zulassungsrelevante Aspekte beachten.

Sortenschutz

Nach wie vor ist unklar, ob alle Schutzrechte geistigen Eigentums auf der Grundlage europäischer Verordnungen ihre Gültigkeit im Vereinigten Königreich (UK) verlieren oder ob im Rahmen der Verhandlungen zum Austritt geeignete Nachfolgeregelungen gefunden werden. Dies betrifft den europäischen Sortenschutz, die Unionsmarke und das Unionsgeschmacksmuster. Um sicherzugehen, dass keine Schutzlücken entstehen, sollte die Anmeldung von nationalem Sortenschutz im UK mit der Anmeldung zum europäischen Sortenschutz kombiniert werden. Hierbei ist allerdings darauf zu achten, dass der Sortenschutz im UK vor dem EU-Sortenschutz gewährt wird, da eine Erteilung von EU-Sortenschutz nach der noch geltenden EU-Verordnung zum Schutz von Pflanzenzüchtungen der Er-

teilung von nationalem Sortenschutz in (Noch-)Mitgliedstaaten der EU entgegengesetzt.

Sortenzulassung

In Bezug auf die Prüfungen zur Sortenzulassung hat die Europäische Kommission zwischenzeitlich mitgeteilt, dass nach dem Abschluss der Brexit-Verhandlungen Sorten für den EU-Sorten-katalog nicht mehr im UK angemeldet werden können. Darüber hinaus müssen bisher im UK angemeldete Sorten in einem anderen Mitgliedsland der dann 27 EU-Staaten registriert sein, um europaweit vermarktet werden zu können. Auch müssen die DUS/VCU-Prüfungen von aktuell in der englischen Zulassung befindlichen Sorten bis zum voraussichtlichen Austrittstermin der Briten am 30. März 2019 abgeschlossen sein, da die Prüfergebnisse



späteren Datums nicht mehr anerkannt werden. Nach aktuellen Informationen muss auch die Erhaltungszüchtung in einem der dann 27 EU-Staaten stattfinden, was insbesondere für im UK bestehende Erhaltungszüchtungen eine Verlagerung bedeutet.

Insofern wird empfohlen, im UK registrierte Sorten rechtzeitig bei einem anderen nationalen Prüfer anzumelden, damit die reibungslose Vermarktung in der EU gewährleistet ist.

Alexandra Bönsch

Aufruf zur Steigerung des Saatgutwechsels

Die Entwicklung des Saatgutwechsels bei Getreide ist für die Getreidezüchter weiterhin unbefriedigend. Sie sehen die langfristige Finanzierung von züchterischen Innovationen in Gefahr.

Der Saatgutwechsel beschreibt den Anteil der mit Z-Saatgut bestellten Fläche an der gesamten bundesweiten Getreideanbaufläche. Im Wirtschaftsjahr 2016/2017

wurde, wie der Gemeinschaftsfonds Saatgetreide (GFS) berichtet, auf 56 Prozent der insgesamt rund 5,9 Millionen Hektar großen Getreideanbaufläche Z-Saatgut

angebaut. Gegenüber dem vergangenen Wirtschaftsjahr hat der Saatgutwechsel um 2 Prozentpunkte abgenommen und fällt auf das Niveau von vor zwei Jahren zurück. Bei Sommergetreide blieb der Saatgutwechsel unverändert bei 61 Prozent, bei Wintergetreide gab es eine Abnahme von 58 auf 56 Prozent. Der mittlere Saatgutwechsel von etwa 55 Prozent über die vergangenen zehn Jahre bleibt stabil.

Eine signifikante Zunahme des Einsatzes von Z-Saatgut ist erforderlich, damit zukünftig sowohl züchterische Innovationen als auch hohe Produktstandards, die durch Qualitätssicherungssysteme wie QSS überwacht werden, gewährleistet sind. Über Lizenzentnahmen durch den Verkauf von Z-Saatgut fließt nur ein Teil der dafür notwendigen Investitionskosten an die Pflanzzüchter zurück. Darüber hinaus sind die konsequente Entrichtung von Nachbaugebühren und eine praktikable Nachbauregelung unabdingbar, um Wettbewerbsfähigkeit und Fairness am Markt im Sinne einer produktiven Landwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Dr. Anja Bus



Im Wirtschaftsjahr 2016/2017 wurden auf **56 Prozent** der insgesamt rund **5,9 Millionen Hektar** großen Getreideanbaufläche **Z-Saatgut** angebaut.

Wirtschaftliche Fachtagung für Futterpflanzen- und Zwischenfruchtsaatgut

Am 20. und 21. September 2017 hat die Wirtschaftliche Fachtagung in Fulda stattgefunden. Sie wurde von den Verbänden der Saatgutwirtschaft, dem Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter e. V. (BDP), dem Bundesverband Deutscher Saatguterzeuger e. V. (BDS) und dem Deutschen Raiffeisenverband e. V. (DRV), gemeinsam durchgeführt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Zukunft von Grünland und Futterbau in Deutschland und in der Europäischen Union. Hochwertiges Saatgut leistungsfähiger Sorten sei der Schlüssel für eine optimale Grundfuttersversorgung auf der Basis von Grünland und Futterbau, stellte der Vorsitzende der BDP-Abteilung Futterpflanzen, Johannes Peter Angenendt, in Fulda fest. Dafür forderte er politische Unterstützung ein. Denn Nachsaaten und bei Bedarf Neuansaaten könnten die Ertragskraft der Flächen nachhaltig steigern. Die öffentliche Hand müsse solche Maßnahmen ermöglichen und fördern, erklärte Angenendt.

Schwerpunkt der öffentlichen Vortragsveranstaltung war der Beitrag von Dr. Ralf Loges vom Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, der die Herausforderungen für die Futterpflanzensaatgutwirtschaft

in Deutschland und in Europa in den kommenden Jahren aufzeigte. Loges konnte bei seinen Ausführungen auf umfangreiches Datenmaterial aus dem „Euro dairy“-Projekt zurückgreifen. Die Ressourceneffizienz werde in Zukunft eine noch größere Rolle spielen. Dies gelte mit Blick auf den Stickstoff- und Energieeinsatz auch bei der Bodennutzung. Eine nachhaltige Intensivierung müsse die Voraussetzungen für Ertragssteigerungen bei gleichem oder reduziertem Faktoreinsatz schaffen, unterstrich Loges.

In der gemeinsamen Sitzung der Abteilungen Futterpflanzen sowie Öl- und Eiweißpflanzen wurden die Abteilungsvorsitzenden Johannes Peter Angenendt und Dietmar Brauer sowie deren Stellvertreter Dr. Thomas Eckardt bei den turnusgemäß anstehenden Wahlen in ihren Ämtern bestätigt.

Dieter Rucker

Pflanzenzüchter gratulieren Dr. Reinhard Kendlbacher zum 70. Geburtstag

Die Pflanzenzüchter gratulieren Dr. Reinhard Kendlbacher, der am 3. September 2017 seinen 70. Geburtstag feierte. Kendlbacher kam 1977 zur I.G. Pflanzenzucht GmbH, München, bei der er bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2010 tätig war. Neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit als Geschäftsführer war Kendlbacher über 30 Jahre in der Kleinen Kommission Getreide (KKG) aktiv, davon über 15 Jahre als Vorsitzender des Beirats des Gemeinschaftsfonds Saatgetreide und stellvertretender Vorsitzender der Abteilung Getreide. In seinen ehrenamtlichen Funktionen trat er für die Belange der deutschen Getreidezüchtung ein und begleitete die Gestaltung politischer Rahmenbedingungen in einer Zeit, die durch die Veränderungen in der EU-Agrarpolitik, insbesondere aber auch durch die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 geprägt war. In diese Zeit fiel auch die Vorbereitung zur erstmaligen Erhebung der Nachbauggebühr durch die Saatgut Treuhandverwaltungs GmbH im Jahr 1998 sowie der Abschluss des Kooperationsabkommens mit dem Deutschen Bauernverband, das er maßgeblich mit vorantrieb. Kendlbacher wurde im Jahr 2008 mit der Max-Eyth-Gedenkmünze in Silber ausgezeichnet. Er ist zudem Träger der Bayerischen Staatsmedaille für besondere Verdienste um die Umwelt.

Dr. Carl Bulich in den Ruhestand verabschiedet

Am 9. November 2017 wurde Dr. Carl Bulich nach 26 Jahren im Dienste der Pflanzenzüchtung in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Bulich ist auf einem landwirtschaftlichen Betrieb im Rheinland aufgewachsen. Nach dem Studium der Agrarwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und anschließender Promotion war er bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquete-Kommission „Technikfolgenabschätzung und Bewertung“ beim Deutschen Bundestag. 1991 wurde er zum Geschäftsführer der damals noch unter dem Namen Gemeinschaft zur Förderung der privaten deutschen Pflanzenzüchtung e.V. firmierten GFP sowie zum Geschäftsführer der Gesellschaft für Erwerb und Verwertung von Schutzrechten – GVS mbH berufen. Seine Tätigkeit fiel in eine bewegte Zeit: Mit der Wiedervereinigung 1990 war neue Bewegung in die Züch-

terszene gekommen. Einige der nach dem Zweiten Weltkrieg in den Westen abgewanderten Züchtungsunternehmen kehrten in den Osten zurück. In der Forschungslandschaft galt es, Züchtungsinstitute im Osten und Westen zusammenzuführen, woran die GFP einen großen Anteil hatte. Seit 1998 fielen die Geschäfte des Wirtschaftsverbands PflanzenInnovation e.V. (WPI), der unter dem ursprünglichen Namen Wirtschaftsverband Pflanzen genomforschung GABI e.V. (WPG) gegründete Verein, in seinen Aufgabenbereich. Das GABI-Projekt (GABI = Genomanalyse im biologischen System Pflanze) war ein Meilenstein für die Pflanzenzüchtung in Deutschland. Mit dieser Ausschreibung des Forschungsministeriums schlug die Pflanzenzüchtung eine bis heute für die Branche richtungweisende Entwicklung ein. 2001 wurde Bulich zum stellvertretenden Geschäftsführer des BDP berufen und engagierte sich fortan auch in der politischen Interessenvertretung. Im März 2015 übernahm er die Geschäftsführung der Gemeinschaft zur Förderung von Pflanzeninnovation e.V. (GFPI), die sich aus der Fusion von GFP e.V. und WPI e.V. ergab, die er intensiv begleitete. Bereits zum 1. Mai 2017 wurde Dr. Jens Freitag in die GFPI-Geschäftsführung berufen.



Pflanzenzüchter, Wissenschaftler und Weggefährten verabschiedeten Dr. Carl Bulich in den Ruhestand.

Stephanie Franck

Termine:

- 19.–28. Januar 2018**
Internationale Grüne Woche, IGW, Berlin
- 23.–26. Januar 2018**
Internationale Pflanzenmesse, IPM, Essen
- 07.–09. Februar 2018**
Fruit Logistica, Berlin
- 20.–21. Februar 2018**
DLG-Wintertagung, Münster

Auszeichnung für Dr. Heinrich Böhm

Dr. Heinrich Böhm erhielt im Rahmen der diesjährigen Mecklenburgischen Landwirtschaftsausstellung MeLa am 15. September 2017 den Pflanzenzüchtungspreis 2017. Er wurde damit nicht nur für seine erfolgreiche Tätigkeit bei der Züchtung und Vermehrung von Kartoffelsorten, sondern auch für seine aktive Mitarbeit in verschiedenen berufsständischen Organisationen geehrt.

Anlässlich der Preisverleihung hob Dr. Till Backhaus, Minister für Landwirtschaft und Umwelt in Mecklenburg-Vorpommern, die enorme Bedeutung der Züchtung für die Landwirtschaft hervor. „Die Zucht ist der Erfolgsfaktor der Landwirtschaft. Ohne sie wäre die Landwirtschaft heute nicht dort, wo sie jetzt steht. Hinter all dem Erfolg stehen die Leistungen von engagierten Menschen“, sagte er.

Böhm ist seit 1994 geschäftsführender Gesellschafter der Kartoffelzucht Böhm GmbH & Co. KG in Lüneburg. Weiterhin hat er sich als aktiver Geschäftsführer der Böhm-Nordkartoffel Agrarproduktion GmbH & Co. OHG ab 1990 aktiv für den Erhalt und den Kauf der Zuchtstationen Hohenbrünzow, Böhlendorf, Kruckow sowie Pöglitz eingesetzt.

Als jeweils stellvertretender Vorstandsvorsitzender ist Böhm im BDP und in der Gemeinschaft zur Förderung von Pflanzeninnovation e.V. (GFPI) sowie in der Union der Kartoffelwirtschaft e.V. (UNIKA) gesellschaftlich aktiv. In der Sitzung der BDP-Abteilung Kartoffeln wurde Böhm erneut zum Vorsitzenden der Abteilung Kartoffeln gewählt.

WIR TRAUERN

Die Pflanzenzüchter trauern um **Dr. Dieter Nordmeyer**. Der ehemalige Geschäftsführer Syngenta Seeds GmbH und Leiter der Forschung und Entwicklung der Syngenta-Region Zentraleuropa ist völlig unerwartet im Alter von 65 Jahren am 6. September 2017 verstorben. Nordmeyer war mehr als dreißig Jahre bei Syngenta in verschiedenen Leitungspositionen im In- und Ausland tätig. Seine Stationen bei Syngenta führten ihn in die Schweiz, USA, nach Malaysia, Indonesien und letztlich zurück nach Deutschland. Insgesamt war er in neun verschiedenen Funktionen in Forschung und Entwicklung, Marketing und schließlich als Geschäftsführer tätig.

Als langjähriger Geschäftsführer prägte er das Syngenta Züchtungsgeschäft in Deutschland und war ein bekanntes und geschätztes Bindeglied in die Branche. Viele schätzten seine besonnene und verbindliche Art. Zuletzt zeichnete er auch für die Leitung der Produktentwicklung bei Syngenta für Zentraleuropa verantwortlich. Erst Ende Juni war er in den verdienten Ruhestand verabschiedet worden.

PFLANZENZÜCHTER TRAUERN UM JOACHIM WINTER

Am 15. August 2017 verstarb Joachim Winter, ehemaliger Geschäftsführer des BDP und Generalsekretär des europäischen Dachverbands der Pflanzenzüchter (ESA), dessen Ehrenmitglied er war, in seiner Wahlheimat Südfrankreich im Alter von 75 Jahren. Joachim Winter trat 1974 in den BDP als Justitiar ein und wurde 1991 zu dessen weiterem Geschäftsführer berufen. Zugleich führte er den seinerzeitigen europäischen Züchterverband COMASSO von 1982 an von Bonn und später von Brüssel als Generalsekretär.

Joachim Winter wurde 1941 in Allenstein/Ostprien geboren. Er studierte Jura an der Universität Heidelberg, absolvierte sein zweites juristisches Staatsexamen im Januar 1974, um schon am 1. Februar beim BDP anzutreten.

Joachim Winter hat sich früh für die internationale Ausrichtung des BDP eingesetzt, insbesondere seine enge Verbindung nach Frankreich und den Niederlanden führten zu engen Abstimmungen innerhalb Europas. So war es auch diese Entente, die unter seiner Führung im Jahr 2000 zum Zusammenschluss von COMASSO, COSEMCO (Saatgut Handelsverband), ASSOPOMAC (Kartoffelzüchterverband) und AMUFOC (Futterpflanzenproduktionsverband) führte. Zuvor hatte er die Position des Generalsekretärs dieser Verbände übernommen und einen gemeinsamen Sitz in Brüssel errichtet. Im Jahr 2001 wechselte er als Generalsekretär von ESA nach Brüssel und schied aus dem BDP aus.

Auch in den internationalen Verbänden war Winter ein anerkannter Experte. Bei ISF und deren Vorgängerverbänden ASSINSEL (Internationaler Züchterverband) und FIS (Internationaler Saatgut Handelsverband) galt sein Tun dem Schutz geistigen Eigentums und der freien Handelbarkeit von Saatgut. So hat er die Novellierung des UPOV-Übereinkommens von 1991 intensiv für die Pflanzenzüchter begleitet.

Joachim Winter zeichnete seine Internationalität aus. Er hat es verstanden, Menschen und Vorstellungen unterschiedlicher Länder zusammenzuführen und sachgerechte Lösungen zu erarbeiten. Er war getragen von der Vision, einheitliche und nachvollziehbare Regelungen für die Saatgutwirtschaft zu erreichen. So waren bereits vor dem gemeinsamen Binnenmarkt viele europäische Vorschriften harmonisiert. Sein unaufgeregter Rat und sein Sachverstand waren bei Mitgliedern, Verbänden und Behörden sehr geschätzt. Dem BDP hat er zu internationaler Bedeutung verholfen. Die Pflanzenzüchter in Deutschland und Europa werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dr. Wilhelm Graf von der Schulenburg
Dr. Ferdinand Schmitz

Die Pflanzenzüchter trauern um **Wolf Lange**, der am 6. Oktober 2017 im Alter von 88 Jahren verstarb. Lange wurde am 21. November 1928 in Flathe/Pommern geboren. Nach einer Landwirtschaftslehre stieg er 1948 in den Betrieb Saat-zucht Lange, Bad Schwartau, ein. Seit 1971 war er Züchter und Komplementär der Saat-zucht Fritz Lange KG. Seine wichtigsten Sorten waren Berber, Rikea, Ukama und Palma.

Heute wird die Firma von Dr. Winfried Lange und Dr. Frank Lange in dritter Generation geführt. An den Standorten Bad Schwartau (Hauptniederlassung mit Zuchtstation) und Breesen, Mecklenburg-Vorpommern (landwirtschaftlicher Betrieb mit Zuchtstation), werden Pflanzkartoffelsorten vermehrt und aufbereitet.

Impressum

Bundesverband
Deutscher Pflanzenzüchter e. V.
Kaufmannstraße 71–73 • 53115 Bonn
Telefon 0228/98581-10
E-Mail bdp@bdp-online.de
Internet www.bdp-online.de
Redaktion Christina Siepe

Bildnachweis:
Bluestudio (S. 2), DSV (S. 2), K. Krüger (S. 3), Forum Moderne Landwirtschaft (S. 4), Landpixel (S. 10)